

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidl
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 66 848-48 ppbn d

Inhalt

Jürgen Schmude MdB, Bundesbildungsminister, warnt vor einer zunehmenden Kluft zwischen Wissenschaftlern und Öffentlichkeit.

Seite 1-3

Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Entwicklungspolitischen Bundestagsausschusses, sieht für Kolumbien die Gefahr des Abgleitens in die Diktatur.

Seite 4

Werner Klein MdL, Vorsitzender der rheinland-pfälzischen SPD-Landtagsfraktion, kündigt ein neues energiepolitisches Konzept an.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Gadeberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 131

17. Juli 1979

Die Wissenschaft muß ihre Ergebnisse verständlich machen

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Lange Jahre war das Verhältnis zwischen Wissenschaftlern und Bürgern durch ein großes Maß an Vertrauen zur Wissenschaft gekennzeichnet. Dieses Vertrauen droht in Mißtrauen umzuschlagen, wenn sich die Wissenschaftler nicht zunehmend ihrer Verpflichtung bewußt werden, dem Bürger die Ergebnisse ihrer Arbeit verständlich zu machen. "Harrisburg" ist nur ein Stichwort dafür, daß nicht mehr die hochgeschätzten Erfindungen der modernen Wissenschaft, sondern zunehmend Unsicherheit, Mißtrauen und Skepsis heute das Gesamtbild bestimmen. Angst - auch die Angst einer ganzen Gesellschaft vor ihrer Zukunft - wächst vor allem auf Unwissen und Unverständnis. Insbesondere junge Menschen fragen sich, welche Vorteile uns Wissenschaft und Technik bringen. Ob sie nicht zugleich durch das Unheil, das sie anrichten können, oder durch die Gefahren, die mit ihnen verbunden sind, diese Vorteile wieder aufwiegen.

Deswegen sind Wissenschaft und Politik gemeinsam herausgefordert, sich den Menschen besser verständlich zu machen. Wer beim Bürger heute um neues Vertrauen für den Sinn des wissenschaftlichen Forschens werben will, muß die Sorgen der Bürger ernst nehmen, ihnen erkennbar Rechnung tragen. Einigkeit besteht doch darin, daß Wissenschaft dem Menschen zu dienen hat. Doch die bloße Existenz dieser Zweckbestimmung genügt nicht. Sie muß in unseren wissenschaftspolitischen Entscheidungen für alle sichtbar und glaubhaft werden.

Meine Aufforderung an die Wissenschaftler lautet daher: Beitragen Sie sich an dem Werben um das Vertrauen der Bürger, indem Sie die Ergebnisse Ihrer Arbeit allgemein verständlich machen. Glauben Sie nicht, daß es damit getan ist, produktiv zu arbeiten, gute Ergebnisse herausgefunden zu haben. Diese Fe-

gebnisse müssen auch verdeutlicht werden. Sie müssen erklärt werden. Wissenschaft unter dem Siegel der Geheimhaltung im stillen Kämmerlein kann kein Vertrauen erwerben. Wissenschaft, die auf jede Verdeutlichung verzichtet, wird auf Vertrauen lange warten müssen. Damit die Konsequenzen nicht unklar werden: Auch finanzpolitische Entscheidungen zugunsten von Wissenschaft und Forschung sind dem Bürger umso leichter zu begründen, sie sind umso leichter durchzusetzen, je genauer jedermann weiß, für was das Geld ausgegeben werden soll.

Politiker allein können es gar nicht schaffen, das Vertrauen wiederzugewinnen, an dem es offenbar vielfach schon fehlt. Manche Wissenschaftler halten die Rolle, in die ich sie mit meiner Aufforderung dränge, für neu. Es ist eine Rolle, der sie unsicher gegenüberstehen. Sie sagen, wir haben mit unserer Arbeit, mit unserer Forschung genug zu tun. Warum sollen wir uns noch zusätzlich auf die Straße stellen und mit den Leuten reden? Warum sollen wir denn herumreisen und anderen erklären, was uns völlig klar ist? Sollen doch die anderen sehen, wie sie dahinter kommen, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Ich verstehe das. Denn natürlich sind auch Wissenschaftler durch ihre eigentlichen Aufgaben stark belastet. Wenn man ihnen zusätzlich noch dieses Paket aufpackt, wehren sie sich zunächst einmal dagegen. Trotzdem werde ich nicht nachlassen, um Verständnis für diese Aufgabe zu werben. Denn andernfalls sehe ich, daß Politiker und Wissenschaftler mehr und mehr in Schwierigkeiten geraten, daß größere Teile der Bürger sich abwenden und etwas nicht mehr akzeptieren, was anderen ganz selbstverständlich ist, nämlich, daß wir uns weiterentwickeln müssen.

Ein möglicher Weg, um zu einem verstärkten Dialog zwischen Wissenschaft und Bürger zu kommen, wäre es, die Hochschule für Forschungsfragen weiter zu öffnen, die unmittelbar auch Arbeitnehmerinteressen berühren. Die Forschung hat sich lange Zeit zu wenig um die Probleme der Arbeitnehmer gekümmert. Die Arbeitnehmer hingegen haben - zum Teil schmerzlich - erfahren, daß sie von positiven wie negativen sozialen Folgen wissenschaftlichen Fortschritts und technologischen Wandels unmittelbar betroffen sind. In den Tarifkonflikten der letzten Jahre hat die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in den Produktionsprozeß und die Abwehr der damit



verknüpften negativen Folgen - Stichwort: Mikroelektronik - für die Arbeitnehmer eine besondere Rolle gespielt.

Der Aufwand der Hochschulen an systematischer Forschung, mit der die Folgewirkungen des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts auf Arbeitnehmer und ihre Arbeits- und Lebenssituation untersucht werden, entspricht bei weitem nicht der gesellschaftlichen Bedeutung dieser Aufgaben. Häufig fehlen gesicherte arbeitswissenschaftliche, sicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Erkenntnisse. Diese Defizite sind nicht allein damit zu erklären, daß Geld fehlt. Sehr viel mehr kommt es auf verbesserte Kontakte der Hochschulen zu ihrem sozialen Umfeld an.

Die Bundesregierung hat mit ihrem Forschungsprogramm "Humanisierung des Arbeitslebens" einen deutlichen Akzent auch für ihre weitere Forschungspolitik gesetzt. Ich hoffe, daß Forschungsvorhaben zu diesem wichtigen Thema über ihren eigentlichen Bereich hinaus die Hochschulen anregen, sich umfassender als bisher ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung bewußt zu werden. Einer Verpflichtung, zu deren Einlösung auch gehört, die eigene Arbeit nicht nur der wissenschaftlichen Fachwelt, sondern dem Bürger allgemein verständlich zu machen. Denn ich finde, eine Gesellschaft, die viel Geld für die Forschung ausgibt (und selbstverständlich die Freiheit von Forschung und Lehre akzeptiert), hat wohl ein Recht darauf, zu erfahren, was mit dem Geld geschieht, was bei der Forschung "herauskommt".

(-/12.7.1979/vo-he/10)

+ + +



Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien

SPD zu solidarischer Hilfe bei der Wahrung der Menschenrechte in Kolumbien aufgerufen

Von Dr. Uwe Holtz

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Über die besorgniserregende Zunahme der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien informierte kürzlich ein Delegierter des "Permanenten Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte in Kolumbien". Dem Bericht des Delegierten zufolge hat das Ausmaß der Verletzung der elementaren Menschenrechte in Kolumbien, insbesondere seit der Regierungsübernahme durch Präsident Turbay (Liberale Partei), am 7. August 1978, zugenommen. Bereits im ersten Monat der Regierung Turbay wurde ein Dekret ("Sicherheitsstatut") erlassen, das die Pressefreiheit einschränkt, dem Militär weitgehende verfassungswidrige Vollmachten bei der Verfolgung der politischen Opposition einräumt und zu zahlreichen Verhaftungen, Verurteilungen ohne ordentlichen Prozeß und Folterungen geführt hat.

Der rapide Machtzuwachs des Militärs und der sinkende Respekt vor den verfassungsmäßigen Rechten lassen befürchten, daß die in Kolumbien gegenwärtig noch vorhandenen demokratischen Freiheiten immer weiter eingeengt werden und das Land den Weg in die Diktatur geht.

Angesichts dieser Situation wurde im März 1979 in Bogotá ein Forum zur Verteidigung der Menschenrechte einberufen, an dem 1.500 Personen - Repräsentanten der vier Gewerkschaftsdachverbände, der Journalisten- und Künstlerverbände, Vertreter der Kirche, politischer Parteien der Linken sowie ehemalige Minister und Abgeordnete sowohl der Konservativen als auch der Liberalen - teilnahmen. Das Forum nominierte ein "Permanentes Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte in Kolumbien", das zur Aufgabe hat, die Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und die Weltöffentlichkeit um Unterstützung bei seinem Kampf um die Wahrung von Demokratie und verfassungsmäßigen Grundrechten in Kolumbien aufzurufen.

Angesichts der Tatsache, daß Teile der regierenden Liberalen Partei Kolumbiens unter Mißbrauch des Namens, der Grundsätze und Postulate der Sozialdemokratie die geschilderten Einschränkungen demokratischer Freiheiten und Rechte tolerieren und aktiv fördern, fordert das "Permanente Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte in Kolumbien" die SPD auf, Beobachter nach Kolumbien zu entsenden, um die dramatische soziale Situation des Landes und insbesondere die Willkür der Militärgerichte zu analysieren und zu verurteilen.

Die Solidarität der deutschen Sozialdemokratie im Kampf zur Verteidigung der Menschenrechte in Kolumbien würde vom kolumbianischen Volk und allen demokratischen Kräften Lateinamerikas als wichtiger Beitrag im Kampf für Freiheit und Demokratie in Lateinamerika gewürdigt werden.

(-/12.7.1979/hi/lo)

+ + +



SPD Rheinland-Pfalz: Energiepolitisches Konzept kommt

Erstmals sollen Bürgerinitiativen an einem Anhörungsverfahren beteiligt werden

Von Werner Klein MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Mit verschiedenen Initiativen hat die SPD Rheinland-Pfalz eine umfangreiche energiepolitische Diskussion in Gang gebracht. Ihr Ziel: ein tragfähiges Energie-Konzept.

Zu den Initiativen gehören:

- Das jetzt auf den 27. September, 1. Oktober und 2. Oktober 1979 terminierte Anhörungsverfahren von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Kraftwerksbauern und -betreibern sowie zahlreicher Sachverständiger im Landtag. Fragen der Sicherheit und der Standorte von Kernkraftwerken werden im Vordergrund stehen. Politisch bemerkenswert: Zum ersten Mal werden in dieser Frage - trotz deutlicher Skepsis der CDU - auch Bürgerinitiativen angehört.
- Die SPD-Landtagsfraktion wird in Kürze eine Große Anfrage im Landtag zur "Energieeinsparung" einbringen. Ihr Ziel: Alle Möglichkeiten zur Einsparung von Energie ausloten und Maßnahmen im öffentlichen und privaten Bereich anregen. Dazu wird im Herbst zur Diskussion in der Partei weiteres Material vorgelegt. Allen Maßnahmen für eine möglichst rationelle, ökonomische Verwendung von Energie kommt hohe Bedeutung zu. Öl, Kohle und Gas sind als Rohstoffe zu wertvoll, als daß sie in solchen Mengen buchstäblich durch den Schornstein gejagt werden könnten. Gerade bei der Energie-Einsparung und der Erschließung alternativer Energiequellen muß mehr an Ideen und Phantasie entwickelt werden.
- Die SPD-Landtagsfraktion hat wegen der ihrer Ansicht nach unzureichenden Katastrophenschutzplanung bei bestehenden Kernkraftwerken die Initiative zu einer gründlichen Erörterung im zuständigen Ausschuß des Landtages ergriffen. Der Innenausschuß soll klären, was in diesem wichtigen Bereich für die Bürger verbessert werden kann.
- Die vom Landesparteitag der SPD im Mai eingesetzte "Arbeitsgruppe Energie" hat unter Karl Thorwirth MdL, ihre Arbeit aufgenommen. Der Parteitag der SPD am 24. November 1979 wird entsprechende Ergebnisse vorgelegt erhalten.

Auf diesen "Eckpfeilern" bauen weitere Einzelaktivitäten von SPD-Landesparteitag und SPD-Landtagsfraktion auf. Sie alle haben eine gemeinsame politische Grundlage: Voraussetzungen zu schaffen für jene "Option", die ein Leben mit möglichst wenig Kernenergie (oder gar ohne sie) öffnen soll.

Konkret für Rheinland-Pfalz sei an jenen Beschluß erinnert, wonach für das Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich keine weitere Teilerrichtungsgenehmigung gegeben werden soll, solange die offenen Fragen sicherheitstechnischer und energiepolitischer Art nicht eindeutig geklärt sind. Dazu kommen die speziellen Fragen dieses Standortes, zum Beispiel in der Erdbebensicherheit, der Trinkwasserversorgung, der Gefährdungen aus den Transportwegen längs des Rheins. Für den geplanten Standort Neupotz gilt für die SPD Rheinland-Pfalz: Es ist gegenwärtig kein Bedarf erkennbar, der nicht durch Kohle gedeckt werden könnte. Voreilige Festschreibungen jedenfalls - gleich für welche Position im einzelnen - kann es vor dem Hintergrund dieser offenen Fragen für eine verantwortungsvolle Politik nicht geben!

(-/12.7.1979/va-he/lo)

